

50 Jahre Römische Verträge und die Zukunft des Westlichen Balkans

BERICHT ZUR REGIONALKONFERENZ

Auch wenn die deutschen Medien heute nicht mehr so häufig über die Länder des Westlichen Balkans berichten – wenn überhaupt, dann dominiert das Thema des Status vom Kosovo die Berichterstattung – so haben sich fern ab von tagespolitischen Schlagzeilen die Länder der Region der EU-Annäherung verschworen und streben nach der EU-Mitgliedschaft.

Das 50-jährige Bestehen der EU war daher Grund genug für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Sarajevo sich mit politisch Verantwortlichen und Vertretern der Zivilgesellschaft aus der Region und der EU über Vision, Entstehung und Entwicklung der EU auszutauschen und über Erfolge und Rückschritte im EU-Annäherungsprozess der Region zu diskutieren. Denn schließlich ist ein stabiler Westbalkan auch für die Stabilität der EU wichtig.

So stand die regionale Konferenz ganz im Zeichen einer Intensivierung der politischen Zusammenarbeit der Staaten des Westlichen Balkan. Beeindruckend war, zu erfahren, wie Kroatien und Mazedonien den EU-Kandidatenstatus erreicht hatten und wie schnell Montenegro das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen hatte unterzeichnen können. Doch auch der politische Stillstand in Bosnien-Herzegowina und Serbien wurde thematisiert. Trotz des momentan fehlenden politischen Willens in diesen Ländern, zentrale politische Entscheidungen zu treffen (Polizeireform in Bosnien-Herzegowina und Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das

ehemalige Jugoslawien in Serbien), konnten die Vertreter dieser Staaten jedoch von einer Fortführung der Reformen berichten.

Die Vorträge aus der Region und auch aus Brüssel gaben einen klaren Hinweis auf die Notwendigkeit einer engeren regionalen Zusammenarbeit. Die gute Beteiligung von Regierungsvertretern der Region zeigte zudem die große Bereitschaft zu Austausch und Kooperation. In seiner Ansprache betonte Dr. Christian Schwarz-Schilling, Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina und EU-Sonderbeauftragter, dass die Staaten der Region durch die jüngsten Kriege die erste Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft verpasst hätten. Nun sei es notwendig, nicht nach Schuldigen zu suchen, sondern gemeinsam für die Zukunft der Region einzutreten um eine neue Chance zu bekommen.

Schwarz-Schilling sagte ferner, dass er sich an die Teilungen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg noch sehr gut erinnern könne und, dass die Bedeutung der Römischen Verträge in dem Bruch mit dem Negativen der Vergangenheit liege. „In Europa herrschte vor 50 Jahren eine düstere Stimmung. Damals haben sich die Staatschefs entschieden, gemeinsam eine friedliche Zukunft aufzubauen. Dadurch konnte die EU eine Gemeinschaft mit heute 27 Staaten werden.“ Er betonte, dass die EU in den kommenden Jahren eine zunehmend wichtige Rolle in den Ländern des Westbalkans spielen werde. Wörtlich: „Die Europäische Union hat diesen Staaten mehrfach die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN-HERZEGOWINA

CHRISTINA KRAUSE

April 2007

www.kas.de/bosnien

www.kas.de

Vollmitgliedschaft in Aussicht gestellt, sofern die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen erfüllt würden“, denn: „letztendlich, geht es hier nicht um die Erweiterung der EU sondern vielmehr um ihr Komplettierung.“

Nach sehr lebhaften Diskussionen wurden am Ende der Konferenz einige Ergebnisse formuliert:

- Die Staaten Süd-Ost-Europas verfolgen das Ziel EU-Mitglieder zu werden.
 - Eine EU-Vision ist notwendig für die Weiterentwicklung von Demokratie, Rechtsstaat und Stabilität in der Region.
 - Diese Region braucht europäischen Pragmatismus.
 - Die Länder Süd-Ost-Europas brauchen die EU und auch die EU braucht die Region (keiner braucht ein schwarzes Loch im Herzen Europas).
 - Für die EU-Mitgliedschaft müssen feste Kriterien erfüllt werden (Madrider und Kopenhagener Kriterien u.ä.).
 - Die Länder Süd-Ost-Europas sollen Reformprozesse vertiefen und beschleunigen.
 - Die Kompromissbereitschaft in den Ländern Süd-Ost-Europas ist eine wichtige Vorbedingung für die Integration und den weiteren Fortschritt.
 - Die EU soll Wirtschaft statt Politik in den Vordergrund stellen, insbesondere bei ihrem Engagement in dieser Region.
 - Die Region braucht die Etablierung einer neuen, jungen, gebildeten und pro-europäischen politischen Elite
- Der Erfahrungsaustausch in der Region ist Bedingung für die EU-Annäherung.
 - In diesem Sinne ist es erforderlich, in der Region ein neues Klima des Vertrauens und der Verständigung zu schaffen.
 - Die regionale Integration im Bereich Wirtschaft (CEFTA, SEECP, usw.) ist von zentraler Bedeutung für die EU-Annäherung.
 - Die Länder Süd-Ost-Europas sollen einen regionalen Auftritt in unterschiedlichen Bereichen sicherstellen (Energiesektor, Investitionsanlagen, gemeinsamer Markt u.ä.).
 - In ihren Beziehungen zu der EU sollen die Länder eine realistische Entwicklungsgrundlage aufstellen (Montenegro ist ein gutes Beispiel). Vor allem um ihren Bevölkerungen richtige Perspektiven zu vermitteln.
 - Eine gemeinsame Lobby-Arbeit Süd-Ost-Europas im EU-Annäherungsprozess ist notwendig.
 - Es ist erforderlich, den freien Personenverkehr für die Länder des Westlichen Balkan zu gewährleisten, was eine der vier EU-Freiheiten ist.
 - Die Zivilgesellschaft stellt einen bedeutenden Faktor in den Ländern des Westlichen Balkans dar; sie hat einen großen Einfluss auf die Lage der Demokratie.
 - Veranstaltungen wie diese Konferenz stellen ein wichtiges Instrument zum Austausch von Erfahrungen und zur Förderung der Zusammenarbeit in der Region dar.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

BOSNIEN-HERZEGOWINA

CHRISTINA KRAUSE

April 2007

www.kas.de/bosnien

www.kas.de

In einer an die Konferenz anschließenden Sendung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens Bosnien-Herzegowinas brachten die Referenten aus der EU und der Region die Bedeutung der Konferenz und ihre Ergebnisse zum Ausdruck. Die Teilnehmer sprachen sich für eine konsequente Fortsetzung dieses Themas durch die Konrad-Adenauer-Stiftung aus und betonten, dass die Konferenz einen äußerst positiven Beitrag für die regionale Zusammenarbeit im EU-Integrationsprozess geleistet und Standards in der damit verbundenen Diskussion gesetzt habe. Doris Pack, MdEP hob hervor, dass es gut und sinnvoll sei, wenn sich nicht nur die EU-Mitgliedstaaten sondern bereits jetzt die Länder im Warteraum über die Werte und Identität der EU austauschen würden und sich bemühen würden, die EU den Bürgern näher zu bringen.

INFOKASTEN

Westbalkan: Der Name verrät nicht, dass der Westliche Balkan von Ländern gebildet wird, die geographisch und kulturell eindeutig Europa zuzuordnen sind. Es handelt sich hierbei um Länder, die größtenteils das ehemalige Jugoslawiens bildeten. Zwar führten zuletzt die Kriege zu Beginn der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts die Zerrissenheit der Region vor Auge, doch verfolgen Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Albanien heute wieder ein gemeinsames Ziel: die EU-Mitgliedschaft. Seit 1999 wird die EU-Annäherung aktiv von den Europäischen Institutionen begleitet. Seither wurden bedeutende Reformen in diesen Staaten unternommen und die regionale Zusammenarbeit wieder aufgenommen.